

Hinweis zur Verwendung dieses Formulars: Dieses Formular ist für Einbürgerungsanträge bestimmt, die von Eltern oder einem Elternteil in gesetzlicher Vertretung für ein **minderjähriges Kind unter 16 Jahren** gestellt werden. Zur Beantragung der eigenen Einbürgerung durch Personen, die das 16. Lebensjahr bereits vollendet haben und weder geschäftsunfähig sind noch im Falle ihrer Volljährigkeit in einer solchen Angelegenheit zu betreuen und einem Einwilligungsvorbehalt zu unterstellen wären, ist ein besonderes Formular zu verwenden.

Bitte füllen Sie dieses Formular **vollständig** und **gut lesbar** aus. Falls Sie dazu Hilfe benötigen, wenden Sie sich bitte an die Behörde, von der Sie das Formular erhalten haben. Kreuzen Sie passende Felder an oder tragen Sie Ihre Angaben in die Felder ein. Nicht passende Blöcke oder Felder kennzeichnen Sie bitte mit "Entfällt" oder mit "Nicht zutreffend". Angaben, die in den dafür vorgesehenen Feldern keinen Platz finden, oder ergänzende Darlegungen fügen Sie diesem Formular bitte auf einem zusätzlichen Blatt als Anlage bei. **Datieren und unterschreiben Sie den Antrag bitte erst bei der Behörde (Kreis- bzw. Stadtverwaltung), die ihn zur Weiterleitung an die Einbürgerungsbehörde entgegennimmt!**

Bitte beachten Sie, dass Sie alle Angaben durch dazu geeignete Nachweise belegen und gegebenenfalls näher darlegen müssen. Nachweise mit sensiblen Daten, insbesondere mit Angaben über die rassische oder ethnische Herkunft, die politischen Meinungen oder religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen, eine Gewerkschaftszugehörigkeit, die Gesundheit oder das Sexualleben der betroffenen Person, aber auch mit näheren Angaben beispielsweise zu wirtschaftlichen Verhältnissen, zu Verurteilungen oder Ermittlungsverfahren müssen der Behörde, die den Antrag zur Weiterleitung an die Einbürgerungsbehörde entgegennimmt, im Einbürgerungsverfahren **nicht** offenbart werden. Tragen Sie bitte zum Schutz der personenbezogenen Daten auch selbst dadurch bei, dass Sie solche Anlagen dem Antrag in **einem Umschlag verschlossen** beifügen!

Antrag entgegengenommen am:

Stempel der entgegennehmenden Behörde mit Zeichnung Bearbeiterin oder Bearbeiter

Einbürgerungsantrag

für

Familienname, Vorname	Geburtsdatum, Geburtsort/Geburtsland

gesetzlich vertreten durch

Familienname, Vorname	Postanschrift

Familienname, Vorname	Postanschrift

<input type="checkbox"/> Wir vertreten unser Kind als Eltern gemeinschaftlich.
--

<input type="checkbox"/> Ich vertrete mein Kind als

<input type="checkbox"/> Mutter	<input type="checkbox"/> Vater
---------------------------------	--------------------------------

<input type="checkbox"/> allein. Ein Nachweis meiner Alleinvertretungsberechtigung ist diesem Antrag beigelegt.

Wir/Ich beantrage(n), unser/mein Kind einzubürgern.

Das "Merkblatt zum Einbürgerungsantrag", das "Merkblatt über den Nachweis der Einbürgerungsvoraussetzungen" und das "Merkblatt über das Erheben, Verarbeiten und Speichern personenbezogener Daten im Einbürgerungsverfahren" habe(n) wir/ich erhalten und zur Kenntnis genommen. Über die allgemeinen Voraussetzungen einer Einbürgerung und über unsere/meine Verpflichtung zur Mitwirkung im Einbürgerungsverfahren sind wir/bin ich unterrichtet worden. Wir wissen/Ich weiß, dass grundsätzlich auch die Aufgabe oder der Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit zu den Einbürgerungsvoraussetzungen gehört und dass unsere/meine Angaben richtig und vollständig sein müssen. Uns/Mir ist bekannt, dass unrichtige oder unvollständige Angaben oder eine Verwendung unrichtiger oder unvollständiger Angaben nicht nur zur Ablehnung des Einbürgerungsantrags führen können, sondern auch zu einer strafrechtlichen Verfolgung. Wir wissen/Ich weiß, dass die Entscheidung über einen Einbürgerungsantrag gebührenpflichtig ist.

Wir/Ich möchte(n), dass unser/mein Kind nur dann eingebürgert wird, wenn mindestens auch die Mutter oder der Vater eingebürgert wird. Die jeweils eigene Einbürgerung beantragt hat/haben:

<input type="checkbox"/>	Die Mutter	<input type="checkbox"/>	Der Vater
--------------------------	------------	--------------------------	-----------

Wir/Ich möchte(n), dass unser/mein Kind auch dann eingebürgert wird, wenn den Einbürgerungsanträgen der Eltern oder dem Einbürgerungsantrag der Mutter oder des Vaters nicht entsprochen wird.

Unser/Mein Kind ist in Deutschland geboren.

Bei der Geburt unseres/meines Kindes hatten sich weder die Mutter noch der Vater schon acht Jahre lang in Deutschland aufgehalten.
--

Zum Zeitpunkt der Geburt unseres/meines Kindes hielt(en) sich

<input type="checkbox"/>	die Mutter	<input type="checkbox"/>	der Vater
--------------------------	------------	--------------------------	-----------

bereits seit acht Jahren in Deutschland auf.
--

Das Nichtbestehen der deutschen Staatsangehörigkeit ist durch Bescheid festgestellt worden.

Wir/Ich nehme(n) zur Kenntnis, dass die Einbürgerungsbehörde daran nicht gebunden ist. Für den Fall, dass unser/mein Kind nach Auffassung der Behörde die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt erworben hat, möchte(n) wir/ich deshalb, dass das Einbürgerungsverfahren ausgesetzt und die der Aufsicht des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg unterliegende zuständige Staatsangehörigkeitsbehörde angewiesen wird, das Bestehen der deutschen Staatsangehörigkeit von Amts wegen festzustellen. Für eine anschließende Rücknahme des Einbürgerungsantrags in diesem Fall beantrage(n) wir/ich Gebührenbefreiung.

	Für unser/mein Kind wird die deutsche Staatsangehörigkeit zum ersten Mal beantragt.
--	---

	Für unser/mein Kind ist die deutsche Staatsangehörigkeit schon einmal oder mehrmals beantragt worden, und zwar bei folgender/folgenden Behörde(n):
--	--

	Folgendes/Folgende Geschäftszeichen der Behörde(n) ist/sind uns/mir dazu bekannt:
--	---

	Unser/Mein Kind besitzt gegenwärtig folgende Staatsangehörigkeit(en):
--	---

	Wir möchten, dass unser/mein Kind diese Staatsangehörigkeit(en) behält; siehe unten zu Ziffer IV.
--	---

	Falls unser/mein Kind durch die Einbürgerung diese Staatsangehörigkeit(en) nicht verliert, besteht die Bereitschaft, sie aufzugeben. Eine dazu erforderliche Einbürgerungszusicherung bitte(n) wir/ich auszustellen. Verlangen die zuständigen Stellen des Staates, dessen Staatsangehörigkeit unser/mein Kind nur unter Vorlage einer Einbürgerungszusicherung aufgeben kann, dass die Zusicherung beglaubigt ist, möchte(n) wir/ich, wenn dies bei der Einbürgerungsbehörde bekannt ist, dass eine solche notwendige Beglaubigung bereits bei der Ausstellung der Einbürgerungszusicherung vorgenommen wird. Wir wissen/Ich weiß, dass eine solche Beglaubigung gesondert gebührenpflichtig ist und die Gebühr gegenwärtig 30 Euro beträgt.
--	---

	Falls unser/mein Kind nicht alle Voraussetzungen erfüllt, unter denen im Regelfall ein Anspruch auf Einbürgerung besteht, mache(n) wir/ich geltend, dass ausnahmsweise besondere Umstände vorliegen, die es rechtfertigen, unser/mein Kind trotzdem einzubürgern.
--	--

	Diese Umstände lege(n) wir/ich bereits in einer Anlage zu diesem Antrag näher dar.
--	--

	Soweit es für eine Entscheidung über den Antrag darauf ankommen sollte, werde(n) wir/ich diese Umstände der Einbürgerungsbehörde auf Anforderung näher darlegen.
--	--

	Wir/Ich habe(n) bei der den Antrag entgegennehmenden Behörde bereits einen Vorschuss auf die voraussichtlich entstehende Gebühr für die Entscheidung über den Einbürgerungsantrag gezahlt, und zwar in Höhe von
--	---

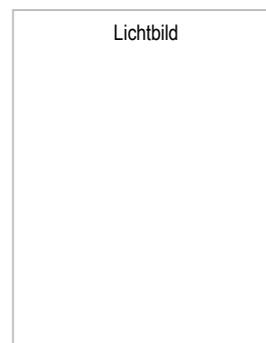
	38 Euro		191 Euro
--	---------	--	----------

	Wir/Ich beantrage(n), unser/mein Kind von der Einbürgerungsgebühr zu befreien, hilfsweise, die Gebühr auf _____ Euro zu ermäßigen. Liegt dem Einbürgerungsantrag keine Kopie eines aktuellen Bescheids bei, den wir/ich über die Bewilligung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch oder von Leistungen der Sozialhilfe (auch) als laufende Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch für unser/mein Kind erhalten habe(n), weise(n) wir/ich die finanzielle Bedürftigkeit unseres/meines Kindes in einer Anlage zu diesem Antrag im Einzelnen besonders nach.
--	---

Zu dem Einbürgerungsantrag für unser/mein Kind mache(n) wir/ich folgende Angaben:

I	Angaben zur Person und Identität unseres/meines Kindes	weiblich	männlich
---	---	----------	----------

Unser/Mein Kind ist die auf dem hier nebenstehenden aktuellen Lichtbild abgebildete Person. ⇨



Familienname/Eigennamen		Geburtsname	
Frühere Namen (Eigennamen oder Familiennamen)			
Vorname(n)		Vatersname(n)/Mittelnamen	
Gegenwärtige Anschrift (Hauptwohnsitz im Inland): Postleitzahl, Wohnort, Straße und Hausnummer			
Telefon – Telefax – E-Mail (freiwillige Angabe!)			
Geburtsdatum		Geburtsort, Geburtsland	

Angaben zu den Eltern unseres/meines Kindes

Mutter	Vater
Familienname/Eigennamen, Geburtsname	Familienname/Eigennamen, Geburtsname
Vorname(n), Vatersname(n)/Mittelnamen	Vorname(n), Vatersname(n)/Mittelnamen
Geburtsdatum, Geburtsort, Geburtsland	Geburtsdatum, Geburtsort, Geburtsland
Familienstand zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes	Familienstand zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes
Staatsangehörigkeit(en) zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes	Staatsangehörigkeit(en) zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes
Gegenwärtiger/letzter Wohnort, Land	Gegenwärtiger/letzter Wohnort, Land
Verstorben am	Verstorben am

II	Angaben zum rechtmäßig gewöhnlichen Inlandsaufenthalt unseres/meines Kindes
-----------	--

Angaben zum tatsächlichen Aufenthalt unseres/meines Kindes im Inland und Ausland

Unser/Mein Kind hat sich aufgehalten:

Von (Monat.Jahr)	bis (Monat.Jahr)	in (Ort/Land)
der Geburt		

Angaben zum Aufenthaltsrecht unseres/meines Kindes im Inland

<input type="checkbox"/>	Unser/Mein Kind ist Familienangehörige(r) einer/eines freizügigkeitsberechtigten Unionsbürgerin/Unionsbürgers. (§ 3 Absatz 2 Nummer 1 Freizügigkeitsgesetz/EU)
<input type="checkbox"/>	Unserem/Meinem Kind ist eine Niederlassungserlaubnis (§ 9 Aufenthaltsgesetz) erteilt.
<input type="checkbox"/>	Unserem/Meinem Kind ist eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG (§ 9a Aufenthaltsgesetz) erteilt.
<input type="checkbox"/>	Unserem/Meinem Kind ist eine Aufenthaltserlaubnis erteilt nach folgender Vorschrift:
<input type="checkbox"/>	Die Aufenthaltserlaubnis ist gültig bis
<input type="checkbox"/>	Unser/Mein Kind besitzt folgenden/folgendes andere(n) Aufenthaltstitel/Aufenthaltsrecht:

Angaben zum asylrechtlichen Status unseres/meines Kindes

<input type="checkbox"/>	Für unser/mein Kind ist kein Asyl beantragt.
<input type="checkbox"/>	Für unser/mein Kind ist ein Asylantrag/Asylfolgeantrag gestellt, über den noch nicht bestandskräftig entschieden ist.
<input type="checkbox"/>	Ein für unser/mein Kind gestellter Asylantrag/Asylfolgeantrag wurde(n) bestandskräftig abgelehnt.
<input type="checkbox"/>	Unser/Mein Kind ist als asylberechtigte Person unanfechtbar anerkannt.
<input type="checkbox"/>	Unserem/Meinem Kind ist die Flüchtlingseigenschaft oder subsidiärer Schutz unanfechtbar zuerkannt.

Angaben zur erforderlichen Dauer des rechtmäßig gewöhnlichen Inlandsaufenthalts unseres/meines Kindes
--

<input type="checkbox"/>	Wir/Ich mache(n) geltend, dass sich unser/mein Kind, um einen Anspruch auf Einbürgerung zu haben, nicht acht Jahre lang rechtmäßig gewöhnlich im Inland aufgehalten haben muss,
<input type="checkbox"/>	wenn unser/mein Kind gleichzeitig oder in engem zeitlichen Zusammenhang mit der Mutter oder dem Vater eingebürgert wird (siehe oben).
<input type="checkbox"/>	weil unser/mein Kind besondere Integrationsleistungen erbracht hat und die Frist deshalb auf sechs Jahre verkürzt werden kann . Die besonderen Integrationsleistungen unseres/meines Kindes lege(n) wir/ich in einer Anlage zu diesem Antrag dar.

III	Angaben zu den wirtschaftlichen Verhältnissen unseres/meines Kindes
	Unser/Mein Kind nimmt als Schülerin oder Schüler noch nicht am Erwerbsleben teil.
	Unser/Mein Kind hat das 15. Lebensjahr noch nicht vollendet.
	Unser/Mein Kind erhält in einer Bedarfsgemeinschaft Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch
	Unserem/Meinem Kind sind Leistungen der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch bewilligt.
	Unser/Mein Kind ist krankenversichert.
	Unser/Mein Kind hat keine eigenen Einkünfte im Sinne des Einkommenssteuergesetzes.
IV	Angaben zur Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit(en) unseres/meines Kindes
	Unser/Mein Kind soll die bisherige(n) Staatsangehörigkeit(en) behalten. Wir/Ich mache(n) geltend, dass unser/mein Kind, um eingebürgert zu werden, die bisherige(n) Staatsangehörigkeit(en) nicht aufgeben oder verlieren muss.
	Unser/Mein Kind besitzt einen Reiseausweis nach Artikel 28 des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Genfer Flüchtlingskonvention)
	Unser/Mein Kind besitzt nur die Staatsangehörigkeit anderer Mitgliedsstaaten der Europäischen Union oder der Schweiz.
	Das Recht des/der anderen Staates/Staaten, dessen/deren Staatsangehörigkeit unser/mein Kind besitzt, sieht das Ausscheiden aus der Staatsangehörigkeit nicht vor.
	Der/Die andere(n) Staat(en), dessen/deren Staatsangehörigkeit unser/mein Kind besitzt, verweigert/verweigern regelmäßig die Entlassung aus der Staatsangehörigkeit oder macht/machen die Entlassung von unzumutbaren Bedingungen abhängig.
	Bei Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit(en) entstünden erhebliche Nachteile insbesondere wirtschaftlicher oder vermögensrechtlicher Art, die über den Verlust der staatsbürgerlichen Rechte hinausgingen. Diese Nachteile lege(n) wir/ich in einer Anlage zu diesem Antrag im Einzelnen dar.
	Im Fall unseres/meines Kindes ist aus anderen Gründen von der Einbürgerungsvoraussetzung einer Aufgabe oder eines Verlustes der bisherigen Staatsangehörigkeit(en) abzusehen. Diese Gründe lege(n) wir/ich in einer Anlage zu diesem Antrag im Einzelnen dar.
V	Angaben zu anhängigen Ermittlungen wegen des Verdachts einer Straftat, zu anhängigen Strafverfahren und zu strafrechtlichen Verurteilungen unseres/meines Kindes im Inland und Ausland Angaben sind nur zu machen, wenn Ihr Kind bereits das 14. Lebensjahr vollendet hat. Angaben zu Verurteilungen sind nur erforderlich, soweit im Inland erfolgte Verurteilungen im Bundeszentralregister einzutragen sind (vgl. hierzu insbesondere §§ 3, 4, 41 und 42 Bundeszentralregistergesetz - BZRG) beziehungsweise im Ausland erfolgte Verurteilungen bei entsprechender Anwendung des Bundeszentralregistergesetzes in ein Führungszeugnis aufzunehmen wären (vgl. hierzu insbesondere §§ 32 bis 34 BZRG).
	Unser/Mein Kind ist noch nicht 14 Jahre alt.
	Gegen unser/mein Kind wird weder im Inland noch im Ausland wegen des Verdachts einer Straftat ermittelt.
	Unser/Mein Kind ist weder im Inland noch im Ausland in einem Strafverfahren einer Straftat angeschuldigt oder angeklagt.
	Unser/Mein Kind ist im Inland unbestraft.
	Unser/Mein Kind ist im Ausland nicht strafrechtlich verurteilt.
	Es sind Ermittlungen gegen unser/mein Kind wegen des Verdachts einer Straftat oder Strafverfahren anhängig, in denen unser/mein Kind einer Straftat angeschuldigt oder angeklagt ist. Zu den Ermittlungsverfahren beziehungsweise Strafverfahren mache(n) wir/ich in einer verschlossenen Anlage zu diesem Antrag nähere Angaben.
	Gegen unser/mein Kind ist im Inland durch rechtskräftige Entscheidung eines Gerichts auf Strafe erkannt oder eine Maßregel der Besserung und Sicherung angeordnet worden. Dazu mache(n) wir/ich in einer verschlossenen Anlage zu diesem Antrag nähere Angaben.
	Unser/Mein Kind ist im Ausland strafrechtlich verurteilt. Dazu mache(n) wir/ich in einer verschlossenen Anlage zu diesem Antrag nähere Angaben.

VI	Angaben zu den deutschen Sprachkenntnissen unseres/meines Kindes
	Deutsch ist die Elternhausprache unseres/meines Kindes.
	Die Sprachentwicklung unseres/meines Kindes ist altersgemäß.

VII	Nachweise zu den Angaben zum Einbürgerungsantrag für unser/mein Kind unter Ziffer I bis VI
------------	---

Zum Nachweis der Angaben, die wir/ich zum Einbürgerungsantrag für unser/mein Kind in diesem Formular und in Anlagen dazu mache(n), lege(n) wir/ich gemäß dem uns/mir ausgehändigten "Merkblatt über den Nachweis der Einbürgerungsvoraussetzungen" die nachfolgend aufgeführten Unterlagen **im Original** oder in **beglaubigter** Abschrift oder Kopie vor.

Verzeichnis der Unterlagen, die diesem Einbürgerungsantrag für unser/mein Kind wie vorgelegt oder in einfacher Kopie des vorgelegten Originals oder der vorgelegten beglaubigten Abschrift oder Kopie beigefügt sind:	
1	Zu den Angaben zur Person und Identität unseres/meines Kindes (Ziffer I):
2	Zu den Angaben zum rechtmäßig gewöhnlichen Inlandsaufenthalt unseres/meines Kindes (Ziffer II):
3	Zu den Angaben zu den wirtschaftlichen Verhältnissen unseres/meines Kindes (Ziffer III):
4	Zu den Angaben zur Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit(en) unseres/meines Kindes (Ziffer IV):
5	Zu den Angaben zu anhängigen Ermittlungen wegen des Verdachts einer Straftat, zu anhängigen Strafverfahren und zu strafrechtlichen Verurteilungen unseres/meines Kindes im Inland und Ausland (Ziffer V):
6	Zu den Angaben zu den deutschen Sprachkenntnissen unseres/meines Kindes (Ziffer VI):

Wir wissen/Ich weiß, dass wir/ich die von uns/mir vorgelegten Originale derjenigen Unterlagen, von denen wir/ich lediglich eine Kopie dem Antrag beifüge(n), bis zum Abschluss des Verfahrens aufbewahren müssen/muss, weil sonst die Voraussetzungen für eine Einbürgerung unseres/meines Kindes möglicherweise nicht sicher festgestellt werden können.

Soweit die Angaben zum Einbürgerungsantrag in diesem Formular unvollständig sind, habe(n) wir/ich die fehlenden Angaben in Anlagen dazu gemacht. **Wir versichern/Ich versichere ausdrücklich, dass die Angaben, die wir/ich zum Einbürgerungsantrag in diesem Formular und in Anlagen dazu gemacht habe(n), vollständig und richtig sind.**

Ort, Datum	Eigenhändige Unterschrift	Mutter

Ort, Datum	Eigenhändige Unterschrift	Vater

Vermerke und Verfügungen der den Antrag entgegennehmenden Behörde (Kreis-/Stadtverwaltung):

Die antragstellende(n) Person(en) haben/hat den vorstehenden Einbürgerungsantrag in meiner Gegenwart eigenhändig unterzeichnet.

Ort, Datum	Behördenstempel, Bearbeiterin oder Bearbeiter (Name), Unterschrift